

Ortsteilbudgetierung

In den letzten Wochen schlug die Meldung hohe Wellen, von Seiten der Stadtverwaltung werde geplant, im neuen Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 die Gelder für die Ortsbeiräte erneut erheblich zu kürzen. Diese Diskussion stammt jedoch schon aus dem letzten Jahr und ist nicht zuletzt auch dem Konsolidierungswahn der landeseigenen ADD geschuldet, die der Stadt permanent neue Auflagen macht, bis der eingebrachte städtische Haushalt von ihr genehmigt wird. Im letzten Jahr sollte das Budget für die Ortbeiräte um 20% gekürzt werden, wogegen sich die Ortsbeiräte flächendeckend gewandt hatten. Man, d.h. die Fraktionen, einigten sich dann in der AG-Rat und Verwaltung bzw. erst kurz vor Torschluss auch im Ältestenrat auf eine Kürzung von 10%. In diesem Jahr soll nun nachgeholt werden, was damals nicht durchgesetzt werden konnte. Ja, als ob dies nicht genügte, es wird noch ein Schlag extra gegen die Ortsbeiräte drauf gesetzt. So hörte man schon die Dezernentin Frau Kaes-Torchiani, sie könne wunderbar auch ganz ohne Ortsbeiräte leben, denn die würden das Geschäft der Verwaltung terminlich nur behindern, weil die Stadtteile vor einer Beschlussfassung durch den Stadtrat in eigenen Belangen angehört werden müssen. Der Stadtrat ist allerdings nicht an das Votum eines Ortsbeirates gebunden. Und da liegt der Schluss natürlich nahe, ganz auf die Ortsbeiräte zu verzichten, denn unter diesem Aspekt kosten die Ortbeiräte in der Tat nur noch teures Geld, das zudem nicht da ist, ohne etwas zu bewirken. Freilich: Nach dieser Logik könnte man auch die komplette Stadtverwaltung durch Leiharbeiter und Leiharbeitsverträge austauschen, denn das würde nach dem Vorbild von Schlecker erhebliche Summen teuren Geldes sparen. – Aber, wer will sich schon gerne selber überflüssig machen, betitelte der TV einen Kommentar zur Sache. Nur: Auch diese Personalisierung eines sachlichen Problems durch den TV hat Methode. Die erwartete Antwort lautet demnach, dass wohl kein Ortsbeirat und keine Verwaltung, ja nicht einmal eine einzelne Dezernentin sich „gerne“ überflüssig machen wolle. Also kommen wir um Sachargumente nicht herum, die vom TV aber nicht berichtet und nicht diskutiert werden.

DIE LINKE hatte schon in ihrem kommunalen Wahlprogramm 2009 festgehalten, dass die einzelnen Stadtteile in ihrer politischen Autonomie gestärkt werden müssten. Es könne nicht angehen, dass einzelne Stadtteile, die einem externen Förderprogramm des Landes oder Bundes angehören, dermaßen von der Stadt bevorzugt werden, während in anderen Stadtteilen wegen städtischem Geldmangel keine Stadtentwicklungsprojekte mehr durchgeführt werden können, die über die Erhaltung von einigen Blumenkübeln hinausgehen. DIE LINKE forderte vor diesem Hintergrund, die Einführung von „Quartiersmanagern“ nicht nur in den geförderten Stadtteilen (soziale Stadt: Trier-West, Trier-Nord, Ehrang und der Petrisberg), sondern in allen anderen Stadtteilen auch, damit das kommunale Engagement dort nicht vollständig zum Erliegen komme. Der Stadtteil Kürenz z.B. hatte schon vor Jahren durch ehrenamtliches Engagement eine Stadtteilzeitung „Cürenzia“ mit dem „Kulturverein Kürenz e.V.“ herausgebracht, da wussten andere Stadtteile nicht einmal, dass man Bürgerzeitungen auch lesen könne. Leider musste der Kulturverein die Herausgabe dieser sehr erfolgreichen Stadtteilzeitung alsbald einstellen, weil sie sich alleine durch Spenden und Werbungen aus dem Stadtteil nicht kostendeckend finanzieren ließe. Unterstützung von der Stadt gab es nie! Besonders ärgerlich war aber der Umstand, dass ein einzelner Bezirk im Ortsteil Kürenz plötzlich dennoch eine eigene Quartierszeitung herausgeben konnte, weil sie von der EGP-Entwicklungsgesellschaft Petrisberg kostendeckend bezahlt wurde, ohne jedoch darauf Rücksicht zu nehmen, dass der Petrisberg eben nur ein Bezirk neben zwei weiteren Bezirken (Weidengraben und Altkürenz) in Kürenz ist. Dass somit keine Integration zwischen den einzelnen drei Bezirken erreicht werden konnte, ist ein Versäumnis, dass einer professionellen Entwicklungsgesellschaft entsprechend schwer angelastet werden muss. Eigendünkel entsteht so, aber keine Gemeinsamkeit

in den politischen Zielen eines Stadtteils. Viele Petrisberger wissen bis heute nicht, dass sie Kürenzer sind. Dennoch ließ man sich gerne auf dem Petrisberg wegen städtebaulicher Innovationen landes- und bundesweit mit allerlei Preisen auszeichnen. Die Folgen trägt der Stadtteile Kürenz jetzt alleine. Teure Geschwindigkeitsreduzierungsmaßnahmen sollen auf dem Petrisberg vom Ortsbeirat mitfinanziert werden, auf einer Strecke, auf der sowie schon Tempo 30 vorgeschrieben ist. Die seit Jahrzehnten geforderten Geschwindigkeitsreduzierungen im Aveler Tal und in der Avelsbacher Straße werden erst gar nicht mehr zur Sprache gebracht und wenn, dann werden sogar von der Stadtverwaltung (Brief der Dezernentin Kaes-Torchiani) Geschwindigkeitsdisplays wegen möglicher Folgekosten abgelehnt, obwohl gleich mehrere Stadtteile (Trier-West-Pallien) darin einen ersten Fortschritt bei der Reduzierung der jeweiligen Verkehrsprobleme „vor Ort“ sehen. – Doch: Alles wird abgebuttert und blockiert, weil es gegen den zuvor schon von der Verwaltung gefassten und vom Stadtvorstand unterstützten Konsolidierungsanspruch der Stadt liefe. Hier tut sich nichts!

Nichts desto trotz verspricht die FWG dennoch dem Trierer Stadtteil Zewen, Gelder für eine Umgehungsstraße in den Haushalt einstellen zu wollen, wohlwissentlich, dass die Gelder für die Umgehung Kürenz jedes Mal – wenn sie überhaupt auch nur in den Haushaltsentwurf eingestellt werden konnten – durch ADD-Kürzungen bei der Haushaltsgenehmigung wieder aus dem Etat herausgenommen wurden. Für diese populistische Heuchelei sollte man die FWG-Verantwortlichen politisch „prügeln“. Aber nicht nur die! Vielmehr gilt es einen Rundumschlag zu tätigen, bei dem das anhaltende zynische Verhalten der Verwaltung offengelegt werden muss. So schrieb die Verwaltung einen Kommentar zu einer Vorlage zum Bürgerhaushalt, in dem der Vorschlag angeregt wird, die Ortsbeiräte „zusammen zu legen“ und von 19 bestehenden auf weniger zu reduzieren. In dem Kommentar der Verwaltung zur Vorlage heißt es:

„Die Arbeit des Stadtrates könnte effizienter erfolgen, da lokale Wünsche und Anforderungen in den größeren Ortsbezirken vorbesprochen, abgewogen und dann nach Gewichtung eingebracht werden bzw. u.U. sogar vor Ort gelöst werden könnten (über ein Ortsteilbudget). Entscheidungen würden hier in größerem Maße vor Ort vorbereitet und getroffen werden (wodurch auch dem Ortsbeirat eine größere Bedeutung zukäme), während sich der Stadtrat mehr auf eine gesamtstädtische Sichtweise und Problemlage konzentrieren könnte.“ (Verwaltungsvorlage, zum Bürgerhaushalt)

Hier wird schon im ersten Satz die eigentliche Tendenz der Verwaltung deutlich: Die Ortsbeiräte sind demnach offenkundig nur verzichtbarer Ballast bei Entscheidungen, die sowieso der ‚Stadtrat‘ treffen muss. Der ganze organisatorische Aufwand, den die Verwaltung aufwenden muss, um der Kommunalgesetzgebung Rechnung zu tragen, wonach die Ortsbeiräte „zuvor“ angehört werden müssen, wenn der Rat eine Entscheidung treffen will, lohnt sich aus Sicht der Verwaltung nämlich nicht. Insofern geht es ihr nicht um die Ortsbeiräte, sondern lediglich um die Effektivität des Stadtrates. Vor diesem Hintergrund aber erzählt der Kommentar der Verwaltung nicht Neues! Denn genau so, wie oben beschrieben, arbeiten die Ortsbeiräte jetzt schon mit dem Rat zusammen. Allein: Die Verwaltung bearbeitet die Aufträge der Ortsbeiräte, die diese aus ihrem eigenen Budget finanzieren, nur unzureichend ab, so dass viele Projekte unrealisiert liegen bleiben. – Das ist das Ärgerliche aus Sicht der Ortsbeiräte! Ebenso ärgerlich ist, dass in den Ortsbeiräten Entscheidungen „vor Ort“ getroffen werden, wie es die Vorlage auch weiterhin vorsieht, dass aber genau diese Entscheidungen, die bürgernah vor Ort getroffen wurden, dann vom „Stadtrat“ nicht mehr oder nie mehr umgesetzt werden. – Hier liegt das eigentliche Problem. Und dieses Problem kann man nicht damit wegdiskutieren, dass man, wie es die Vorlage tut, sagt, der Stadtrat solle sich „auf eine gesamtstädtische Sichtweise“ konzentrieren. Wenn nämlich die Entscheidungen, die ein Ortsbeirat

vor Ort getroffen hat, „gesamtstädtisch“ nicht mehr zählen und abgewogen, sondern nur noch im Stadtrat obsolet werden, dann allerdings kann man auf „alle“ Ortbeiräte verzichten. Die Absicht, die Ortsbeiräte von 19 bestehenden auf einige wenige zu reduzieren, führt dann völlig in die Irre, denn es käme darauf an, sie insgesamt als störend abzuschaffen (vgl. die Meinung von Frau Kaes-Torchiani oben).

An dieser Stelle sieht man zudem sehr deutlich, wie wenig professionell der Kommentar des „Trierischen Volksfreunds“ von Herrn Schmitz zum Thema ausgefallen ist. Herr Schmitz tut nämlich etwas, was der TV immer tut: Er personalisiert eine Problematik, statt sie versachlicht zu diskutieren! Denn die Schlagzeile, dass die Ortsbeiräte „sich selbst abschaffen“ sollen, - was wohl keiner tue -, zeigt die unzulässige Verkürzung des Problems auf bloße „Personen“, statt sich die Mühe zu machen, zu analysieren, welche Motive hinter dem Vorschlag der Verwaltung tatsächlich liegen, eine Reduzierung zu unterstützen. Um es noch einmal mit anderen Worten zu sagen: Die Verwaltung will sich schlicht der Mühe entheben, ihre Arbeit so zu tun, wie sie kommunalpolitisch sinnvoll ist. Sie will die Ortsbeiräte abschaffen, um es nur noch mit den für sie tatsächlichen Entscheidungsträgern des Stadtrates zu tun zu haben. – Dass dabei aber die gesamte „kommunale Selbstverwaltung“ nachhaltig zerstört werden wird, bekommt die Verwaltung überhaupt nicht in den Blick (- oder es interessiert sie schlechweg nicht). Doch genau darum sind die Entscheidungen „vor Ort“ – ganz im Gegenteil zur Ansicht der Verwaltung - so wichtig: Sowohl die Verwaltung, die ja eigene Vorlagen in den Stadtrat einbringen kann, als auch der Stadtrat selbst, würden mit ihren Entscheidungen in der Luft hängen (was übrigens sehr häufig auch tatsächlich der Fall ist!), wenn sie sich vom Votum der Ortbeiräte ablösten, um nur noch das Konstrukt einer vermeintlich „gesamtstädtischen Sichtweise“ durchzudrücken. Beispiele für diese völlig abgehobene Sichtweise des Stadtrates gibt es in Trier in Hülle und Fülle, angefangen von dringenden Straßenbauprojekten, die „vor Ort“ als unverzichtbar angesehen werden und dann von den gleichen Parteien im Rat auf den Stank Nimmerleinstag verschoben werden – freilich nur aus übergeordneten „Sachzwängen“. Wer allerdings nur noch „Sachzwänge“ selber produziert und dann auch noch selbst verwaltet, der hat sein kommunalpolitisches Mandat schon lange verspielt. Er darf sich dann nicht wundern, wenn seine Politik ebenso wie die Berichterstattung von den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr ernst genommen wird.

Sollten die Verwaltungsvorlagen zur Reduzierung des Ortsteilbudgets und zur Reduzierung der Anzahl der Ortsbeiräte vom Stadtrat beschlossen werden, dann stellt sich für mich erneut die Frage, ob es noch sinnvoll ist, sich auf diese Weise weiterhin kommunalpolitisch zu engagieren. („Sich selbst abzuschaffen“ ist nämlich in keinsten Weise mein Problem!)

Statt diese in sich widersprüchlichen Überlegungen der Verwaltung aber fortzuführen, sollte endlich der Mut aufgebracht werden, die Ortbeiräte vielmehr in ihrer kommunalpolitischen Eigenständigkeit „vor Ort“ zu stärken und ihnen eine viel „größere“ Entscheidungskompetenz zuzubilligen. (Das ist etwas ganz anderes als in „Großräumen“ – wie es die Verwaltung vorsieht – mit nur wenigen gewählten Ortsbeiräten über Bürgerbelange der Mehrheit zu entscheiden.) Ein erster Anfang wäre daher die konsequente Einführung von „Stadtteilmanagern“ in allen Stadtteilen mit einer Entscheidungskompetenz der Ortsbeiräte und nicht nur in denjenigen Stadtteilen, die, wie zur Zeit, von außen durch soziale Projekte gefördert werden. Es wird Zeit, dass linke Politikideen in Trier umgesetzt werden, damit eine solide Kommunalpolitik ermöglicht wird, die die bestehenden, ökonomischen Widersprüche aufhebt. Ein erster Anfang ist allerdings gemacht, wenn die tatsächlich realen Widersprüche und ihre Ursachen aufgezeigt werden. Auch hier gilt: „Die herrschenden Ideen

einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschende Klasse“ (MEW, 4, 459). Die Verwaltung will in Trier die Politik beherrschen. Somit steht die Verwaltung auf dem Kopf. Es kommt darauf an, sie vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen.

Johannes Verbeek am Tage der neuen Schnapszahlen für die Oberjecken - Trier, den 12.11.11 um 14.11 Uhr.